

„Verhalten war teilweise nicht korrekt“

Landesrechnungshof überprüfte Erik Schmid „Projekt Tierleben“. Harte Kritik.

BREGENZ. (VN-ad) Im Auftrag der FPÖ nahm der Landesrechnungshof das „Projekt Tierleben“ unter die Lupe – ein Projekt, das noch unter Erik Schmid entstanden war, dem einstigen Landesveterinär und Tierschutzombudsmann. Der Prüfbericht wurde gestern in Bregenz präsentiert.



tiert. Ergebnis? Landesrechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt (55) fand zwar auch lobende Worte für die Projekt-Inhalte, übte an Schmid aber harsche Kritik. Dessen Verhalten sei „teilweise nicht korrekt“ gewesen.

Inhaltlich ein Erfolg

Per Eigendefinition will das Projekt „Kindern und Jugendlichen die Zusammenhänge aus Landwirtschaft, Naturschutz, artgerechter Tierhaltung und Ernährung im Unterricht“ vermitteln. „Tierleben“ war 2008 vom Land Vorarlberg mit der Einrichtung einer Koordinationsstelle in der inatura gestartet worden – und wurde ein inhaltlicher Erfolg. 2000 Schulkinder bekamen im Rahmen des Projekts Tierschutz-Unterricht, fast 4000 Kinder besuchten Erlebnisbauernhöfe, zahlreiche Veranstaltungen wurden abgehalten. Das Projekt war auf drei Jahre befristet; das Jahresbudget belief sich auf 150.000 Euro. „Dem Steuerzahler“, sagte Schmalhardt, „ist kein Schaden erwachsen.“ Nach der Endabrechnung verbleibt ein Überschuss von 23.000 Euro.

„Schmid's Verhalten war unkonventionell und teilweise nicht korrekt.“

HERBERT SCHMALHARDT

tungen wurden abgehalten. Das Projekt war auf drei Jahre befristet; das Jahresbudget belief sich auf 150.000 Euro. „Dem Steuerzahler“, sagte Schmalhardt, „ist kein Schaden erwachsen.“ Nach der Endabrechnung verbleibt ein Überschuss von 23.000 Euro.

Die Sache mit der Befangenheit

Und doch wurden die Prüfer fündig. Denn Projekt-Grundlage war eine Studie über die Vorteile der Mensch-Tier-Beziehung. Und diese Studie wurde von jener Frau erstellt, die später zur Projektleiterin ernannt wurde – und schließlich auch Schmid's Lebensgefährtin wurde. Im Prüfbericht heißt es: „Zum Zeitpunkt wesentlicher Entscheidungen hatte dieser (Schmid, Anm.) bereits ein persönliches Naheverhältnis zur Projektleiterin.“ Schmalhardts Vorwurf: „Schmid hätte den Aspekten der Befangenheit mehr Aufmerksamkeit schenken müssen – er hätte die Befangenheit offenlegen müssen.“

Weiterer Kritikpunkt, laut Schmalhardt unabhängig von besagter Befangenheit: „Schmid's Vorgehen war unkonventionell und teilweise

nicht korrekt.“ So habe Schmid der späteren Projektleiterin noch vor Abschluss des Werkvertrags einen Universitätslehrgang bezahlt und administrative Aufgaben und Reisekosten übernommen. Die Bestellung der Projektleiterin sei zudem „ohne Ausschreibung und ohne nähere Prüfung der dafür notwendigen Qualifikation“ erfolgt. Man habe im gesamten Projekt nicht mit der notwendigen Sorgfalt gearbeitet: „Und im gesamten Projekt war die

Doppelfunktion Schmid's als Abteilungsvorstand und als Tierschutzobmann nie klar genug geregelt.“

Entscheidung gefallen

Diese Doppelfunktion ist freilich bereits Geschichte. Das Land hatte vergangene Woche bekannt gegeben, dass in der Landesveterinärabteilung die Bereiche Tierhaltung und Tierschutz neu geregelt werden. Schmid tritt als Landesveterinär ab, ist ab April als Amtstierarzt für den Tier-

schutz in den Bezirken Bregenz und Dornbirn zuständig. Neuer Tierschutzombudsmann wird Pius Fink. Die Stelle des Landesveterinärs wird neu ausgeschrieben.

Harsche Kritik meldete Gabi Sprickler-Falschlunger (SP) an. Der Prüfbericht zeige ein schlechtes Bild des Projekts, vor allem aber der Vorgangsweise Erik Schmid's.

☎ mehrwissen.vol.at

Projekt Tierleben. Der aktuelle Landesrechnungshof-Prüfbericht „Projekt Tierleben“.

Erik Schmid weist die Kritik zurück

BREGENZ, WIEN. (VN-ad) Just an dem Tag, an dem der Prüfbericht präsentiert wurde, war Erik Schmid (55) in Wien – bei der Eröffnung des Messerli Forschungsinstituts, das sich Fragen der Mensch-Tier-Beziehung widmet. Er sehe dies als Symbol, sagte Schmid, „Ich will ungestört bei den Themen Mensch-Tier-Beziehung und Tierschulbildung weiterarbeiten.“



Schmid: „Entscheidungen wurden im Kollektiv gefällt.“ FOTO: VN

„Erst später Lebensgefährtin“ Was aber ist mit der harschen RH-Kritik? Schmid weist sie zurück. Natürlich könne man immer formale Fehler finden. Nur sei etwa die Projektleiterin erst später seine Lebensgefährtin geworden, erst im Zuge der Projekt-Arbeiten habe man sich besser kennengelernt – er habe also sicher nicht seine Lebens-

gefährtin zur Projektleiterin gemacht. Im Übrigen hätte er dies auch gar nie können: „Denn alle Entscheidungen wurden im Kollektiv gefällt.“ Und: „Aus der Arbeitsgruppe ist die Empfehlung gekommen, sie zur Projektleiterin zu machen.“ Auch stimme der Vorwurf mit der fehlenden Ausschreibung nicht: „Ein Forschungsprojekt muss

nicht ausgeschrieben werden.“ Aber selbst wenn, hätte „Peter Schmid ausschreiben müssen, und nicht Erik Schmid“. Denn das Projekt war bei der inatura angesiedelt, deren Geschäftsführer Peter Schmid ist. Doch auch Letzterem habe man gesagt, er müsse nicht ausschreiben.

Zu anderen Vorfällen wollte sich Erik Schmid nicht äußern. Die Verfahren gegen ihn – ihm war eine Körperverletzung gegen eine Mitarbeiterin sowie eine Verletzung des Amtsgeheimnisses zur Last gelegt worden – sind eingestellt. „Es ist strafrechtlich und disziplinarisch nichts übrig geblieben. Ich habe dann selbst auf die Stoptaste gedrückt.“ Ihm gehe es nicht um Posten, nur um die Arbeit: „Auf den Rest kann sich jeder selbst seinen Reim machen.“

Landesrechnungshof stellt Passivhaus-Standard infrage

Landesrechnungshof prüfte auch Wohnbauförderung: „Soziale Ausrichtung stärken.“

BREGENZ. (VN-ad) Landesrechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt präsentierte gestern noch einen zweiten Prüfbericht – er hatte mit seinem Team auch die Wohnbauförderung des Landes unter die Lupe genommen. Auch hier fand Schmalhardt Kritikwürdiges. Seine Empfehlung: „Anpassungen des Fördersystems sind erforderlich, die soziale Ausrichtung gehört gestärkt, ohne klima- und energiepolitische Aspekte zu vernachlässigen.“ Unter anderem stellen die Prüfer den Passivhaus-Standard infrage. Der Zwang zu Selbigen führte im gemeinnützigen Wohnbau zu höheren Mieten und höherer Wohnbeihilfe, unklar sei aber, was er wirklich bringe. Schmalhardt

wies auch auf einen Unterschied hin: „Die Tatsache, dass im privaten Wohnbau die höchsten Förderstufen kaum in Anspruch genommen werden, verdeutlicht, dass die privaten Bauträger den gesetzten Ansprüchen bis hin zum Passivhaus nicht gefolgt sind.“ Die geltenden Standards seien im Übrigen bereits so hoch, „dass es nicht notwendig ist, die technischen Anforderungen noch weiter nach oben zu treiben“. Höhere Baustandards könnten über ein eigenes Anreizsystem forciert werden.

Korrektur wird eingemahnt

Für Schmalhardt braucht das Fördersystem insgesamt eine Korrektur, „um die soziale Komponente der Wohnbauförderung sowohl für den privaten als auch für den gemeinnützigen Wohnbau zu stärken – und um leistbaren Wohnraum noch besser zu

unterstützen.“ Und noch eine von Schmalhardts Feststellungen: „Leistbares Wohnen ist bei den höchsten technischen Standards mit dementsprechend hohen Baukosten und sinkender Kaufkraft nur über eine Abfederung durch Wohnbeihilfe möglich. Aber ist das künftig finanzierbar?“

Die Prüfer mahnen zudem „verlässliche Mehrjahresperspektiven“ ein, die in einem Konzept zu verankern seien – um „unnötigen Spitzen bei der Inanspruchnahme der Förderungen im Sanierungsbereich“ vorzubeugen.

Unterschiedliche Reaktionen

Albert Hofer (ÖVP) sagte unter anderem, dass der zwingende Passivhaus-Standard im gemeinnützigen Bereich gewollt sei, um Erfahrungen zu sammeln: „Derzeit wird eine Analyse betreffend Kosten und Nutzen in Auftrag gegeben.“ Bernd Bösch (Grüne) verteidigte die Passivhäuser: „Ohne sie können wir das Ziel der Energieautonomie nicht erreichen.“ Daneben forderte Bösch eine deutliche Anhebung der Bauleistung der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften – jährlich 500 neue Wohneinheiten in den kommenden fünf Jahren.“ Rudolf Jussel (FPÖ) sagte: „Die Empfehlung, das Fördersystem zu korrigieren, um die soziale Komponente der Wohnbauförderung abzusichern, wird unterstützt.“

☎ mehrwissen.vol.at

Wohnbauförderung. Der aktuelle Landesrechnungshof-Prüfbericht „Wohnbauförderung“.



Wohnbauförderung in Vorarlberg – Forderung des Landesrechnungshofs: „Anpassungen des Fördersystems sind erforderlich.“ FOTOLIA

Nur diesen Freitag & Samstag, 30. & 31. März 2012

-25%

auf alle Biere!

Auch auf Aktionen und Biertrinker-Fässer!

Jubiläums-Rabatt!

60 JAHRE

Sutterlüty

IHR LÄNDLEMARKT

4,50 billiger!

9,99

Coppentrath & Wiese Festtagstorten 1000 g - 1400 g verschiedene Sorten

4+1 gratis!

0,79

Voralberger Kuchenmehl 1 kg

Angebote gültig bis Mi. 04.04.2012! Aktionspreise und Warengruppenrabatte in der Filiale Dornbirn Bahnhof nicht gültig! Frischfleisch und Wurst in Bedienung in der Filiale Dornbirn Bahnhof nicht erhältlich! Aufgrund der unterschiedlichen Filialgrößen sind nicht immer alle Angebote in allen Filialen erhältlich! Abgabe nur in Haushaltsmengen! Statt-Preise sind unsere üblichen Verkaufspreise. Druck- und Satzfehler vorbehalten.